

Einigkeit und Recht und Freiheit

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir viel Gutes in Deutschland erreicht. Das meiste verdanken uns selbst: den in- und ausländischen Bürgern, unserem Arbeitseinsatz und unseren Bemühungen in allen Bereichen des täglichen Lebens, ob bezahlt in der Wirtschaft als Selbständige und Angestellte oder unbezahlt in der Familie, im Freundeskreis und gemeinnützig im Ehrenamt.

Geben wir uns als Volk Deutschlands friedlich und freien Willens eine eigene neue Verfassung, auf der Grundlage der weltweit gültigen unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte.

Verpflichten wir uns gegenseitig zum Schutz der Freiheit, garantieren wir jedem das Recht auf ein gesundes, naturnahes und selbst bestimmtes Leben. Schaffen wir dafür gemeinsam die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen.

1. Niemand darf zu irgendetwas gezwungen werden, weder auf Bestreben eines Einzelnen noch auf Verlangen einer Gruppe.
2. Jeder muss frei wählen können, ob er für sich allein oder mit und in der staatlichen Gemeinschaft lebt. Dafür muss jedem der bedingungslose Zugang zu ausreichend Wohn- und Wirtschaftsflächen, zu Nahrung, zu Wasser, zu Energie und zu Wissen gewährt werden.
3. Technische Errungenschaften und Wissen dürfen nie gegen die Menschheit und auch nicht gegen die Natur eingesetzt werden. Das Leben und die natürlichen Lebensräume sind stets zu schützen.

GLEICH WELCHER NATIONALITÄT,

übernehmen wir, die wir hier leben, gemeinsam die Verantwortung für unser Land, denn:

WIR SIND DEUTSCHLAND.

DREI PUNKTE PLAN

Gründung der Bürgerrepublik Deutschland, als freien basisdemokratischen Staat, auf Grundlage der allgemeinen unveräußerlichen Menschenrechte, so wie von den Vereinten Nationen 1948 verfasst und weltweit anerkannt.

Beschluss einer Verfassung für Deutschland als Ganzes durch das Deutsche Volk, zur Ablösung des Grundgesetzes der BRD und somit:

Auflösung der „Bundesrepublik Deutschland“, der noch agierenden Verwaltungseinheit in West- und Mitteldeutschland gemäß Artikel 146 GG.

* * *

DIE WAHRHEIT

**"Die endgültige Wahrheit gibt es nicht!
Zwar gibt es erlebbare Ereignisse, deren
Zusammenhänge jedoch unterliegen stets der
Interpretation. Was aufeinander folgt, muss sich
noch lange nicht bedingen. Wer also die Wahrheit
finden will, muss stetig weiter suchen!"**

* * *

DEUTSCHLAND HEUTE

Über 60 Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Kapitulation von Nazi-Deutschland, vergangen und bereits rund 20 Jahre seit der Vereinigung der weiterhin kriegsrechtlich besetzten Gebiete West- und Mitteldeutschlands.

Am 17. Juli 1990 wurde die Verfassung der DDR und somit die DDR selbst aufgelöst. Zugleich wurde der Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD, der im Artikel 23 verfasst war, vollständig gestrichen und auch der Auftrag zur endgültigen Wiedervereinigung Deutschlands aus der Präambel entfernt.

Dies bedeutet für Deutschland

seit dem 18. Juli 1990:

- das Grundgesetz und alle anderen Gesetze, die darauf aufbauen, sind staatsrechtlich ungültig, weil es kein Gebiet mehr gibt, in denen sie gelten

- die „Bundesregierung“ hat keinen territorialen Zuständigkeitsbereich mehr und besitzt somit keine rechtlich eindeutige Verwaltungsbefugnis.

Dessen ungeachtet vermitteln uns die Politiker in Deutschland Jahr für Jahr das trügerische Bild, die „Bundesrepublik Deutschland“ sei ein Staat, die BRD wäre Deutschland.

Dieses Bild wird von den allermeisten, auch den öffentlich rechtlichen Massenmedien (Radio, Fernsehen, Zeitung und Internet) sorgfältig aufrechterhalten und in den Schulen so gelehrt.

Das Deutsche Volk wählt seit der so genannten „Wiedervereinigung Deutschlands“ unwissend weiterhin eine Regierung, die völker- und besatzungsrechtlich schon seit nunmehr rund 20 Jahren keine Legitimation mehr besitzt.

Für Frieden und Souveränität

Deutschlands müssen wir:

1. in freien öffentlichen Wahlen eine eigene Regierung bilden, auf Grundlage des Grundgesetzes der BRD, der Verfassung der Weimarer Republik vom 11. August 1919 oder einer gänzlich neuen, vom Volke demokratisch beschlossenen Verfassung,
2. mittels unserer neuen Regierung mit unseren Kriegsgegnern des Zweiten Weltkriegs einen Friedensvertrag schließen, denn nur dann gilt Deutschland nicht weiter als Feindstaat,
3. mit allen Besatzungsmächten Deutschlands die endgültigen und unumstößlichen Grenzen, der „Bürgerrepublik Deutschland“ festlegen, um so die Besatzung Deutschlands endgültig zu beenden und die volle Souveränität zurück zu erhalten.